

Sparkassen Zeitung



www.sparkasse.at



Thema Pflege wird gern verdrängt
Studie „Vorsorgetrends 2012“ zeigt die Einstellung der Österreicher zu Finanzen und Vorsorge.
»» Seite 3



Mehr Damen in die Führung!
Unternehmen mit Frauen in Top-Positionen haben bessere Betriebsergebnisse.
»» Seite 4



„Sollten Aktionären dankbar sein“
Finanzausschuss-Vorsitzender Günter Stummvoll über die Wichtigkeit der Kapitalmärkte.
»» Seite 6



„Die Politik muss endlich klar zwischen unserem Geschäftsmodell und den Zockern unterscheiden.“

„Doppelte Scheibenbremsen für die Casino-Banken“

Die Staatsschuldenkrise sowie die ungebremste Casino-Mentalität vieler Investmentbanken gefährden die Stabilität in Europa und das reale Wirtschaftswachstum. Eine Fülle von neu eröffneten „Baustellen“ zur Krisenbekämpfung macht die Lage vorerst für die Handelnden in der Kreditwirtschaft noch unübersichtlicher. Michael Ikrath, Generalsekretär des Sparkassenverbandes, unternimmt im folgenden Interview eine kritische Analyse: Es müsse ein Krisenmanagement her, das diesen Namen auch verdient.

Sparkassenzeitung: Das Ende der Turbulenzen auf den Finanzmärkten ist noch nicht abzusehen. Eine Fülle von Maßnahmen wurde gesetzt, weitere sind konkret angedacht. Hat die europäische Politik die Lage rund um aus den Fugen geratene Staatshaushalte unterschätzt?

Ikrath: Die EU hat zu lange mit einem Krisenmanagement, das diesen Namen verdient, zugewartet. Beim „Zimmerbrand“ Griechenland wurde über Löschmethode und Feuerwehrkommando ewig diskutiert, statt sofort zu löschen.

Erst als mit Portugal und Irland schon das erste Stockwerk in Flammen stand, fuhr der erste Löschzug aus. Und dann hat man immer noch wortreich verhandelt, wer für den Löscheinsatz zuständig ist und ob mit Wasser oder Pulver gelöscht werden soll. Das nationale Hemd war der Politik jeweils viel näher als der gemeinsame europäische Rock.

Mittlerweile gibt es jedoch viele Maßnahmen zur Krisenbekämpfung. Diese werden allerdings von den Märkten noch nicht ernst genug genommen ...

Weil es etwa noch immer keine definitiven Rahmenbedingungen gibt, nach denen sich die Finanzwirtschaft in Zukunft zu orientieren hat. Vor einem Jahr hat man die Europäische Bankenaufsicht gegründet, mittlerweile ist im Rahmen der aktuell diskutierten Bankenunion ein neuer Regulator – der jetzt bei der EZB angesiedelt werden soll – im Gespräch. Bei Basel III beispielsweise gibt es wiederum noch keine Einigung zwischen Rat und Europäischem Parlament, und die Verantwortlichen in den Banken wissen bis dato nicht, was jetzt bei den Eigen-

mittel- und Liquiditätsvorgaben endgültig auf sie zukommt.

Doch ein Krisengipfel jagt den anderen. Was wäre aus Ihrer Sicht zu tun?

Dazu eine Vorbemerkung: Die europäische Politik eröffnet derzeit immer neue Baustellen, statt systematisch die bereits bestehenden Baustellen abzarbeiten und auch mit soliden neuen Bauwerken wieder zu schließen. Was uns nach wie vor fehlt, das ist ein klarer Wille zur Regulierung der Casino- und Schattenbanken. Dort wird mit ungehemmter Schamlosigkeit weiter gezockt, während das Geschäftsmodell der Kundenbanken und die Realwirtschaften insgesamt Schaden erleiden.

Die Politik muss sich endlich zu einer klaren Unterscheidung durchringen. Hier die Banken wie Sparkassen oder Raiffeisen, die das Geld der Sparer verzinsen und damit Kredite für die Realwirtschaft zur Verfügung stellen. Das gilt in der Welt der Investmentbanker als „boring banking“, schafft jedoch Wachstum der Wirtschaft und Arbeitsplätze und sichert den Wohlstand breiter Bevölkerungskreise.

Ganz anders die Zockerei der Casino-Banker. Diese macht einige wenige stinkreich, schafft aber kaum volkswirtschaftlichen Mehrwert und baut enorme Risiken auf, die letzten Endes den Wohlstand aller bedrohen. Wir haben es in der Finanzkrise erlebt und erleben es leider weiterhin. Dass sich da nichts geändert hat, zeigen beispielsweise die jüngsten Verluste bei J. P. Morgan, wo es einem einzelnen Händler gelang, 5 Milliarden Dollar zu verspielen – ungeheuerlich nach alledem, was in den vergangenen Jahren passiert ist. Es werden weiterhin weltweit Brandsätze erzeugt, und die regulativen Zwangsjacken werden überwiegend den Falschen angelegt, den biedereren Kundenbanken.

Aber hier soll ja die Finanztransaktionssteuer für mehr Ordnung sorgen.

Hier wird sich die Politik sehr bald entscheiden müssen: Ist die Finanztransaktionssteuer als Steue-

rungelement gedacht, um die rein spekulativen Finanztransaktionen ohne Bezug zur Realwirtschaft einzudämmen, oder soll sie eine reine Geldbeschaffungsaktion für die öffentlichen Haushalte sein? Pointiert gefragt: Bremsklötze oder Cash Cow? Diese Steuer ist auch nur dann sinnvoll, wenn sie alle wichtigen Finanzplätze dieser Erde umfasst und wenn sie spürbar bremsend auf das spekulative Geschäft wirkt. Passiert das nicht, dann bleibt sie ein untauglicher Versuch. Denn die Finanzwirtschaft ist der einzige Wirtschaftszweig, der bereits jetzt total globalisiert agiert. Auf Knopfdruck und binnen Sekundenbruchteilen können dreistellige Milliardenbeträge elektronisch an der Steuer vorbei und zu steuerfreien Finanzplätzen geleitet werden. Das muss die Politik endlich begreifen.

„Zockerei der Casino-Banker baut enorme Risiken auf.“

Wo orten Sie Widerstand gegen diese wirksame Scheibenbremse?

Im angloamerikanischen Raum; in Europa ist es vornehmlich Großbritannien. Dort entfallen mittlerweile 25 bis 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf die Finanzwirtschaft. Das ist eine dramatische Fehlentwicklung. Denn die vergangenen Jahre haben sehr deutlich gezeigt, dass nur Länder mit international wettbewerbsfähiger Realwirtschaft, also einer gesunden Mischung aus produzierenden und produktionsnahen Dienstleistungsunternehmen, rasch wieder auf den Wachstumspfad zurückkehren können. Genau dort liegt ja auch die Bedeutung des Geschäftsmodells der klassischen Kundenbanken, etwa der Sparkassen. Deren Kreditvergabe verbessert die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, insbesondere der KMU. Das ist die zentrale Stärke gerade der österreichischen Wirtschaft, für die es kompromisslos zu kämpfen gilt.

Wie ist Ihre Haltung zur Idee einer Bankenunion?

SPARKASSEN NEWS

Sparkassen-Kabaretttour 2012

s Versicherung, Erste Bank und Sparkassen schicken Gery Seidl, den Star der neuen, jungen Kabarettszene, auf Österreich-Tour. Im Rahmen seines aktuellen Tour-Programms „Total spezial“ bringt der Ausnahmekabarettist eine Auswahl aus seinen bisherigen Werken. Bis Jahresende wird die Sparkassen-Kabaretttour 2012 in mehr als 60 Veranstaltungen österreichweit rund 25.000 Kunden begeistern.



Gery Seidl begeistert Kunden der Kärntner Sparkasse und der s Versicherung im Casineum Velden.

Banken im Suchmaschinen-Ranking

Der Iphos-Banken-Ranking-Check wertet quartalsweise das Google-Ranking von österreichischen Bankenwebsites aus. Dabei werden 250 Suchbegriffe (Keywords) und Suchbegriffskombinationen rund um das Thema „Banken“ zur Messung der Position in den Suchergebnislisten von Google herangezogen. Im aktuellen Ranking konnte sich www.sparkasse.at unter 84 getesteten Seiten auf Rang zwei hinter Raiffeisen platzieren.

Nachhaltige Verwertung von IT-Hardware

Die Sparkassengruppe und AfB – Arbeit für Menschen mit Behinderungen – setzen neue Maßstäbe in der nachhaltigen Verwertung von IT-Hardware. Ausrangierte PC, Bildschirme, Notebooks etc. werden nun nach Ablauf der Leasingverträge vom Leasingpartner der Sparkassengruppe an die AfB übergeben. Die Firma AfB holt die Ware ab, testet, reinigt und – falls nötig – repariert sie, löscht final die vorhandenen Daten und verkauft die Geräte wieder. Damit wird die Umwelt entlastet und gleichzeitig Menschen mit Beeinträchtigungen Arbeit verschafft. Mehr dazu auf www.afb24.at.



Österreichweit sollen in den nächsten Jahren über 20.000 Geräte der Sparkassengruppe in den Aufbereitungskreislauf kommen.

Investor Relations Team zählt zu den besten Europas

Das Investor Relations Team der Erste Group hat das zweite Jahr in Folge den Preis für die besten Investor Relations eines österreichischen Unternehmens errungen. Die Auszeichnungen werden vom IR Magazine aufgrund einer unabhängigen Umfrage unter mehr als 700 Portfolio-Managern und Analysten vergeben.

Ich bin für europäische Aufsicht über jene Banken, die international, also grenzüberschreitend tätig sind.

Ich halte jedoch überhaupt nichts davon, für die Deutsche Bank und für die Sparkasse Kufstein dasselbe Regelwerk anzuwenden. Das ist doch Unfug. Auch die Schaffung eines Krisenfonds, der aus Bankenabgaben gespeist wird und der im Ernstfall Banken auffängt oder in die Insolvenz begleitet, ist zu diskutieren. Dabei müsste jedoch die weit überzogene heimische Bankensteuer reduziert und für diesen Fonds herangezogen werden.

Für extrem problematisch halte ich derzeit allerdings die Idee einer einheitlichen europäischen Einlagensicherung. Unsere Sparer dürfen nicht dadurch verunsichert werden, dass man ihnen den Eindruck vermittelt, dass ihre Einlagen für die Sparer in Portugal, Spanien oder sonstwo geradestehen müssen.

Es darf nicht sein, dass Banken mit sorgfältigem Risikomanagement dann plötzlich Institute subventionieren, die sich entschlossen haben, mehr Risiko zu nehmen, weil sie wissen, dass alle übrigen das Fangnetz abgeben. Es darf keine Schein-Sicherheit für jene geben, die keine solide Risikopolitik betreiben oder mit den Einlagen „Moral Hazard“ betreiben.

Ich trete für einen Sicherungsfonds ein, aber ausdrücklich unter Ausschluss der Einlagensicherung. Hierzulande funktioniert diese vorbildlich, und kein österreichischer Sparer hat bisher auch nur einen Euro verloren.

Sehen Sie in den Wirrnissen und Turbulenzen der vergangenen Monate möglicherweise auch eine Chance für Europa?

Ja, diese Chance sehe ich. Jetzt gelingt vielleicht – angesichts existentieller Bedrohung – doch der Durchbruch zur stärkeren Integration Europas. Wir brauchen eine Fiskalunion zur Untermauerung der Währungsunion und die Verwirklichung der politischen Union, um den Europäern wieder



Generalsekretär Michael Ikrath: „Ich bin strikt gegen eine europäische Einlagensicherung. Es darf keine Schein-Sicherheit für jene geben, die mehr Risiko nehmen.“

eine Vision zu geben. Das war in der Vergangenheit oft die Forderung aus akademischen Seminaren, jetzt sieht die Politik hoffentlich die Alternativenlosigkeit von Stabilitätspakt und gemeinsamer Kraftanstrengung.

Es ist ein elementares Erfordernis, die Währungsunion zu sichern, zu

„Aus schwerer Not eine nachhaltige Tugend machen.“

stärken und vor allem das Vertrauen in die Entschlossenheit und in die Handlungsfähigkeit Europas weltweit zurückzugewinnen. Zerfällt die Währungsunion, dann

droht Europa politisch, im Wettbewerb und im Wohlstand um mindestens ein Jahrzehnt zurückgeworfen zu werden. Wir kommen daher auch an der Konsolidierung der Staatshaushalte nicht vorbei.

Weiters werden sich nationale Regierungen damit abfinden müssen, rasch Souveränitätsrechte an Europa zu übertragen. Wir durchleben eine wahrlich schwierige Zeit, aus der die richtigen Konsequenzen gezogen werden müssen.

Vielleicht werden wir also später einmal über das Jahr 2012 sagen: Damals haben die Europäer aus einer schweren Not eine nachhaltige Tugend gemacht! Das wäre großartig.

Das Interview führte Milan Frühbauer.

Vorsitz im Justizausschuss

Der Generalsekretär des Sparkassenverbandes, Michael Ikrath, wurde zum Vorsitzenden des Justizausschusses im Parlament designiert und zum ÖVP-Justizsprecher bestellt. Er folgt damit Heribert Donnerbauer nach, der den Nationalrat verlassen hat – nachdem er im Mai zum neuen Präsidenten des Volksbanken-Verbandes gewählt worden ist.

Die Funktion des Vorsitzenden des Justizausschusses stellt eine der

gesellschaftspolitisch interessantesten und im parlamentarischen Geschehen wichtigsten Positionen dar. Dies gilt insbesondere auch im Zusammenhang mit allen wirtschafts- und unternehmensrechtlichen Themen wie UGB, Insolvenzrecht, Kartellgesetz, Übernahmerecht, Rechnungslegungsvorschriften etc.

Michael Ikrath zu seiner neuen Funktion im Parlament: „Da für

mich aufgrund der verschärften zivilberuflichen Unvereinbarkeitsdiskussion keine Chance mehr bestand, den Vorsitz im Finanzausschuss zu übernehmen, freue ich mich, dass mir nun diese Alternative angeboten wurde. Im Finanzausschuss bleibe ich wie bisher stellvertretender Vorsitzender. Mit dieser parlamentarischen Aufgabe ist auch die Funktion des Justizsprechers der ÖVP verbunden.“

Das Thema Pflege wird gern verdrängt

Die Österreicher wissen Sicherheit und Stabilität im eigenen Land sehr zu schätzen und reflektieren das auch in ihrer Einstellung zu Finanzen und Vorsorge. Das zeigt die aktuelle Studie „Vorsorgetrends 2012“, erstellt im Auftrag von s Versicherung, Erste Bank und Sparkassen. Doch diese Bereiche werden auch verdrängt: Jeder Fünfte hat Angst vor dem Thema Pflege.



Peter Bosek (hier mit Heinz Schuster): „Die Österreicher sind mehrheitlich auf die Ausgewogenheit von Beruf und Freizeit bedacht.“

„Im Großen und Ganzen sind wir Österreicher zufriedene Menschen, denen eine ausgeglichene Work-Life-Balance und eine abgesicherte Pension wichtig sind. Mit den unangenehmen Themen des Lebens befassen wir uns allerdings nur sehr ungern“, so die ernüchternde Analyse der Auftraggeber der vorliegenden Studie, Peter Bosek, Privatkundenvorstand der Erste Bank Oesterreich, und Heinz Schuster, Vorstandsdirektor der s Versicherung.

82 Prozent der Österreicher halten private Vorsorge für ein wichtiges Thema und verstehen die Vorsorge vor allem als finanzielle Absicherung für ihre späten Lebensjahre. Für 65 Prozent dieser Vorsorgebereiten steht dabei der Erhalt des gewohnten Lebensstandards an erster Stelle, gefolgt von der Sorge, dass die staatliche Pension einmal nicht ausreichen wird (45 Prozent).

Die Angst, vom Staat im Stich gelassen zu werden, ist bei Männern deutlich ausgeprägter als bei Frauen, dabei glauben aber noch wesentlich mehr Männer (41 Prozent) als Frauen (29 Prozent), dass sie mit einer staatlichen Pension einmal auskommen werden. Bezieher höherer Einkommen und Menschen mit höherem Bildungsgrad setzen sich erwartungsgemäß besonders stark mit ihrer Privatvorsorge auseinander.

Tatsächlich sorgen nur 37 Prozent der Österreicher vor. Interessant: Mehr Frauen (40 Prozent) als Männer (34 Prozent) sichern sich persönlich bereits für die Zukunft ab.

Vorsorgebeträge noch mit Potential

Eine deutliche Sprache spricht die durchschnittliche Höhe der Vorsorgebeträge: Während die Österreicher bereit wären, monatlich mit bis zu 183 Euro für sich selbst finanziell vorzusorgen, tun sie das tatsächlich nur mit 124 Euro. Die Bereitschaft zur finanziellen Vorsorge für den Partner reicht bis 144 Euro monatlich, tatsächlich werden aber nur etwa 81 Euro monatlich aufgewendet. Sind Kinder im Haushalt, sinkt der persönliche Vorsorgebetrag deutlich auf etwa 105 Euro monatlich. Bei der finanziellen Vorsorge für den Part-

„Viel Aufklärung beim Thema Pflege nötig.“

Heinz Schuster

ner wenden Männer monatlich beinahe doppelt so viel Geld auf wie Frauen (103 Euro zu 57 Euro). Die Lebensversicherung wird von rund einem Viertel der Befragten (24 Prozent) als wichtigstes langfristiges Vorsorgeprodukt gesehen, aber am Dauerbrenner Sparbuch wird weiterhin nicht gerüttelt. Für 38 Prozent ist dieses eine wichtige Form der finanziellen Absicherung. Nach der Höhe seines Einkommens befragt, zeigt sich jeder zweite Österreicher zufrieden, nur ein Viertel ist aktuell unzufrieden. Frauen sind dabei deutlich unzufriedener (39 Prozent) als Männer (55 Prozent). Neben den Unterschieden zwischen den Geschlechtern lässt sich auch ein Altersgefälle feststellen: Je jünger die Befragten, desto unzufriedener sind sie.

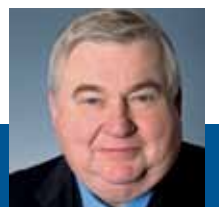
Die Pflegebedürftigkeit als heikles Tabuthema

An die Pflege im Alter denken noch die wenigsten, und das, obwohl jeder Fünfte zugibt, davor Angst zu haben. Mehr als die Hälfte glauben allerdings, vom Thema Pflege nicht betroffen zu sein, 51 Prozent wollen sich derzeit gar nicht erst mit dem Thema befassen.

Männer und Frauen denken hier relativ gleich. 30 Prozent hoffen, dass andere sich um ihre Pflege kümmern werden – 14 Prozent nennen dabei den Staat, 16 Prozent ihr familiäres Umfeld. Wenn überhaupt, will die Hälfte der Österreicher zu Hause gepflegt werden und dafür auch Geld einsetzen, allerdings sorgen 58 Prozent für diesen Fall noch gar nicht vor. Nur bis zu 25 Euro monatlich könnten sich die Vorsorgewilligen als Beitrag für ihre Pflegevorsorge vorstellen. Je jünger die Befragten, desto niedriger fällt dieser Betrag aus. Besser Gebildete würden weniger Geld dafür bereitstellen als Personen mit weniger Bildung.

„Im Gegensatz zur Altersvorsorge ist die Pflege in Österreich noch ein sehr wenig diskutiertes Thema. Das Risiko, im Alter ein Pflegefall zu werden, steigt aber mit der Höhe der Lebenserwartung. Wir alle erreichen ein immer höheres Alter und wollen den Ruhestand genießen, das Thema Pflege passt nicht dazu und wird immer noch verdrängt. Hier muss noch mehr Aufklärungsarbeit geleistet werden. Versicherer und Banken sind aufgerufen, mit ihrer Kompetenz finanzielle Lösungen auszuarbeiten und die Pflege zum Thema zu machen“, sind sich Bosek und Schuster einig. - red -

EINBLICK



Milan Frühbauer

Grimmiges Halali auf Demokratie-Strukturen

Im aktuellen Institutionen-Prüfeln gibt es seit Wochen ein Kopfan-Kopf-Rennen: Banken und politische Parteien sind derzeit die unumstrittenen Spitzenreiter auf der Verachtungsskala der öffentlichen und der veröffentlichten Meinung. Es gehört zu den Skurrilitäten dieses Phänomens, dass monatelang weite Teile der Politik auf die Kreditwirtschaft eingedroschen haben und sich plötzlich selbst im Mittelpunkt der Ansehenskrise finden. Der Stammtisch mit seinen fundamentaloppositionellen Sprechern hat längst sein Urteil gesprochen. Doch jetzt greift die medial furios verbreitete Skepsis gegenüber den politischen Parteien auch auf jene über, die bisher noch differenziert zu urteilen wussten.

Keine Frage: Die jüngsten Ereignisse in Kärnten waren für das Parteien-Bashing das, was man in Wien volkstümlich ein „gefundenes Fressen“ nennt. Aber es war keineswegs das auslösende Moment.

Die Politik als Schurken-system diskreditiert

Seit der Einsetzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses gefallen sich wachsende Teile der Öffentlichkeit darin, ein gefährliches Pauschalurteil zu fällen: Alles, was da an Ermittlungsergebnissen vorliege, respektive sich im Stadium gerichtlicher Voruntersuchungen befinde, sei doch nur die „Spitze des Eisbergs“ politischer Korruption und des von Parteiinteressen geprägten Schurkenverhaltens politischer Entscheidungsträger. Zu Metaphern wie „Sumpfgebiete“ und „Bananenrepublik“ ist es dann nicht mehr weit. Hier soll keineswegs schöngeredet werden. Das Land ist ohne Zweifel dabei, sich von einem System der vorteilsbedingten Unbekümmertheit und des ethischen Alphabetismus einiger Entscheidungsträger zu einer Republik zu wandeln, in der der Begriff Political Correctness von einem unverzichtbaren Signalvokabel aus diversen Codizes wieder zur Leitlinie im Verhaltensalltag mutieren soll. Und es ist wahrlich mühsam!

Doch bei alledem wird jetzt seit geraumer Zeit das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Das Trommelfeuer auf alles, was mit Parteien, deren Finanzierung und Aufgabenstellung als Interessenvertretung zusammenhängt, wird systematisch diskreditiert. Natürlich sind politische Parteien nicht nur das Organisationsgerüst für die politische Willensbildung und die Funktionsfähigkeit der Legislative einer Demokratie. Sie sind ex definitione auch Institutionen des Lobbyings für eine bestimmte Klientel. Eben einen Teil der Bürger. Der Begriff „Partei“ kommt nicht zufällig vom lateinischen „pars“, also von einem Teil der Grundgesamtheit.

Die Nostalgie der Emeriti hilft wenig

Was wir jetzt erleben, birgt ungeheure Gefahren. Das undifferenzierte Trommelfeuer auf alles, was mit Politikern und Parteien zusammenhängt, wird sich rächen. Schon jetzt ist die Rekrutierung von engagiertem und intellektuell anspruchsvollem Nachwuchs schwierig. Emeritierte Politiker – wie jüngst Alexander Van der Bellen – ergeben sich in lebenswerten Reminiszenzen an das Niveau politischer, vor allem aber parlamentarischer Auseinandersetzungen vergangener Jahrzehnte. Doch keiner fragt, warum es jetzt so ist, wie es ist. Dutzende Bürgermeister von kleineren Gemeinden finden niemanden mehr, der sich ihre Nachfolge „antut“. Ähnliche Erfahrungen machen mittlerweile Parlamentarier, die in ihrem Wahlkreis nach fähigen „Nachrückern“ suchen. Jeder von uns trifft Woche für Woche fähige Menschen, die einem voll Stolz und Innbrunst versichern, sie würden sich und ihren Familien „das alles mit Sicherheit“ nicht antun. Wir sind dabei, die Infrastruktur der parlamentarischen Demokratie durch das Eindreschen auf alles, was mit Parteien zu tun hat, schwer zu gefährden. Die trivialen Populisten, die alternen Medienlieblinge, die glauben, Staaten könnten so geführt werden wie Großkonzerne, und die Piraten warten schon ...

Milan Frühbauer ist Wirtschaftsjournalist. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift „industrie“ ist wirtschafts- und medienpolitischer Kommentator der Fachmedien des Manstein Verlags und Chefredakteur der Österreichischen Sparkassenzeitung.

SPARKASSEN NEWS

Orchester für junge Talente

Das von der Kärntner Sparkasse schon seit der Gründung immer wieder unterstützte SFK-Jugendorchester wird nun in großem Rahmen von der Privatstiftung Kärntner Sparkasse gefördert. Das Ensemble heißt nun „Orchester EURO Symphony SFK“ und setzt sich aus jungen Musiktalenten aus Slowenien, Friaul und Kärnten zusammen. Das bisher als internationaler Musiktalente-Wettbewerb veranstaltete „Kärntner Sparkasse Musikstipendium“ geht so nahtlos in die Förderung junger Musiker aus der Region über.

Jungwinzer 2012

Wie bereits Tradition, hat die Steiermärkische Sparkasse auch heuer wieder fünf junge Weinbauern ausgezeichnet. Die „Jungwinzer der Steiermärkischen Sparkasse“ sind im Alter zwischen 18 und 30 Jahren und wurden von „vinophilen Gaumen“ zweier Jurys ermittelt.



VDir. Franz Kerber, Stefan Gründl, Johannes Rauch, Robert Platzter, Wein-
hoheit Cornelia Gamser, Patrick Niggas und Landesrat Johann Seittinger

Chancen durch Bildung

Um lernwillige und leistungsbereite Jugendliche in ihrem Streben nach guten Beurteilungen zu unterstützen, hat die Privatstiftung der Sparkasse Bludenz zusammen mit Bildungsexpertinnen ein Konzept entwickelt, in dessen Rahmen motivierte Schülerinnen und Schüler regelmäßig Fachnachhilfe bekommen. Zusätzlich zur Nachhilfe kommen die Jugendlichen in den Genuss eines Kulturprogramms, das Theater- und Kinobesuche, Begegnungen mit der Geschichte der Region und Ausstellungsbesuche ermöglicht.

23 neue Mitarbeiter verstärken Salzburger Sparkasse

Anfang August begann ein großer Schwung an neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ihre Berufskarriere in der Salzburger Sparkasse. Insgesamt wurden im heurigen Jahr bereits 36 Mitarbeiter neu aufgenommen.



Generaldirektorin Regina Ovesny-Straka (Mitte) und die Recruiting-
Verantwortlichen Lisa Auer und Peter Edelmayer (links) mit den neuen
Mitarbeitern

Auch in den Sparkassen: mehr Damen in die Führung!

Eine Untersuchung bei den 290 größten börsennotierten Unternehmen Europas ergab vor kurzem, dass sich Unternehmen mit weiblichen Vorstandsmitgliedern im Zeitraum von 2005 bis 2010 bei allen betrieblichen Kennzahlen besser entwickelt haben als Unternehmen ohne weibliche Vorstandsmitglieder. Gemischte Führungsteams arbeiten besser zusammen, und Unternehmen mit Frauen in Top-Positionen haben bessere Betriebsergebnisse. Eine Chance – auch für die Sparkassenwelt.



Studien zeigen: Frauen in Führungsgremien verbessern die Ergebnisse.

Die Entscheidungskraft von Frauen zu Fragen der Ökonomie wird oft unterschätzt. Nach einschlägigen Analysen werden rund 70 Prozent der Anschaffungen der privaten Haushalte von Damen getätigt.

In der Berufswelt ist diese Entscheidungskraft noch nicht voll integriert. Hier gibt es Nachholbedarf, auch in der Sparkassengruppe. In der Erste Group sind derzeit von den rund 50.000 Mitarbeitern insgesamt rund 70 Prozent weiblich. In den Führungsebenen ändert sich allerdings das Bild: Im Durchschnitt beträgt hier der Frauenanteil etwa 48 Prozent. Dabei gibt es jedoch beträchtliche regionale Unterschiede.

Liegt der Frauenanteil insgesamt in der Erste Bank Österreich bei mehr als 58 Prozent, so erreicht die Frauenquote bei den Führungskräften bescheidene 32,5 Prozent. Hier sind die Vergleichswerte bei den Auslandstöchtern der Group allemal imposanter: Die Bandbreite reicht von rund 36 Prozent in der Česká spořitelna bis zu 61 Prozent in der rumänischen BCR und der Erste Bank Croatia.

Deshalb geschieht auch bereits vieles, um Frauen zu fördern und zur Übernahme von mehr Verantwortung zu ermuntern. In der Erste Bank Österreich gibt es ein eigenes Projekt WoMen Business mit einem breit angelegten Katalog von Maßnahmen im frauengerechten Training.

Anteile erhöhen

„Im Vordergrund stehen für uns dabei neben der Frage der Gleichberechtigung vor allem geschäftliche Überlegungen“, betont Erste-Personalchefin Sabine Mlnarsky-Bständig.

Mit „WoMen Leadership“ soll es gelingen, den Frauenanteil bei Führungskräften deutlich zu erhöhen. Ziel ist es, diesem von derzeit 30 Prozent Frauenanteil in fünf Jahren

„Nachholbedarf bei Frauen in Führungs- ebenen“

auf 40 Prozent zu steigern. Unter dem Namen „WoMen Customer Relationship“ wird auch das Thema „Kundin“ in den Fokus gerückt. Denn Kundinnen haben spezifische Ansprüche und Interessen, die von mehr Sicherheits- und Vorsorgeorientiertheit bis zum größeren Bedürfnis nach Finanz-Basiswissen reichen.

Die betriebliche Frauenförderung muss, damit sie wirken kann, von der Unternehmensspitze getragen werden. In der Sparkassenwelt sind es erst acht Frauen, die neben ihren rund 100 männlichen Kollegen auf der obersten Ebene der Sparkassengruppe arbeiten. Fachkompetenz sehen sie als eine wesentliche Kom-

ponente, um sich unter der Vielzahl der männlichen Kollegen zu behaupten. Zusätzlich setzen sie auf ihre emotionale Kompetenz. Die Sozialkompetenz von Frauen ist anders, und das trägt wesentlich zum Erfolg eines Unternehmens bei.

Frauen sind deutlich selbstkritischer

Es geht auch darum, Frauen, die sich vorübergehend aus dem Berufsleben zurückgezogen haben, beim Wiedereinstieg zu unterstützen. Die Personalabteilung der Steiermärkischen Sparkasse beispielsweise bietet Frauen Hilfe in der Entscheidung für einen neuen Job oder auch beim Wiedereinstieg an. Coaching, Netzwerkkontakte und Mentoring sind nur einige der Möglichkeiten, um die Damen wieder fit für verantwortungsvolle Aufgaben zu machen. „Männer gehen bei Bewerbungen viel machtorientierter und zielstrebig vor. Geforderte Fähigkeiten, die sie nicht haben, werden nicht erwähnt, in der Annahme, diese dann „on the job“ ohnehin lernen zu können. Frauen dagegen sind wesentlich selbstkritischer. Oft entscheiden Sie sich dann aus Unsicherheit gegen den nächsten Schritt“, so Johann Mehrl, Personalleiter in der Steiermärkischen Sparkasse. „Second career“ ist ein weiterer Punkt der Frauenförderung. Hier geht es darum, Frauen, die nach der Karenz noch einmal durchstarten wollen, ihrer Situation entsprechend zu unterstützen. - üh -

Erste Group: „Es bleibt schwierig und spannend“

*Ein solides und krisenfestes Geschäftsmodell, eine deutliche Steigerung der Kapitalquote, Einlagenwachstum, das Kundenvertrauen signalisiert, aber auch Probleme in Rumänien und in Ungarn:
Das sind die Eckpunkte des Halbjahresergebnisses der Erste Group.*

„Trotz des weiterhin schwierigen Umfeldes hat die Erste Group im ersten Halbjahr 2012 einen Nettogewinn von 453,6 Mio. Euro erwirtschaftet. Das Ergebnis wurde von Einmaleffekten positiv wie negativ beeinflusst, zeigt allerdings die fundamentale Stärke unseres Geschäftsmodells“, betonte Andreas Treichl, Vorstandsvorsitzender der Erste Group, anlässlich der Präsentation der Ergebnisse für das erste Halbjahr 2012. Große Fortschritte habe die Group auf der Kapitaleseite gemacht. „Wir haben eine EBA-Kapitalquote von 9,9 Prozent per 30. Juni 2012 erzielt. Unter Einbeziehung des unterjährigen Gewinns hat sich die Quote sogar auf 10,4 Prozent erhöht. Darüber hinaus sind unsere Kundeneinlagen weiter gewachsen“, verwies Treichl auf das ungebrochene Kundenvertrauen.

Die kontinuierliche Reduktion der nicht zum Kerngeschäft zählenden Aktiva unterstreiche neuerlich die Fokussierung auf das Kerngeschäft, nämlich das Geschäft mit Privat-

kunden und Unternehmen in Zentral- und Osteuropa. In Österreich, in Tschechien und in der Slowakei seien solide Ergebnisse erzielt worden. Rumänien zähle zu den Problemländern. Doch: „Wir sind auf einem guten Weg, unsere rumänische Bank so umzubauen, dass wir die Wachstumschancen mittelfristig wahrnehmen können“, so Treichl, der für 2013 die Rückkehr der BCR in die Ertragszone

„Auf Potentiale unserer Marktregion aufmerksam machen“

anpeilt. Vor internationalen Pressevertretern legte der Erste-Chef neuerlich ein Credo in Sachen CEE ab. „Wir sind in einer europäischen Region tätig, die viele Chancen birgt und diese auch zu realisieren versteht. Mittel- und Osteuropa brauchen allerdings den Willen, zusammenzustehen und die globalisierte Welt auf ihre Poten-

tiale aufmerksam zu machen“, unterstrich Treichl, der unter anderem die Länder Skandinaviens als Beispiel für einen derartigen regionalen Zusammenhalt apostrophierte.

Und die Perspektiven für die zweite Jahreshälfte? Während für Österreich, die Slowakei und Rumänien noch Wirtschaftswachstum erwartet wird, ist bei den anderen Volkswirtschaften mit einem Rückgang des BIP-Wachstums zu rechnen.

Vor diesem Hintergrund werden die Aufrechterhaltung der starken Kapitalausstattung und Liquiditätsposition sowie striktes Kostenmanagement Schwerpunkte der Erste Group für das zweite Halbjahr 2012 sein.

Die Erste Group wird alle Kapitalerfordernisse (EBA, Basel III) nachhaltig und problemlos erfüllen und sieht sich, auch dank der im Vergleich mit nahezu allen Mitbewerbern deutlich besseren Liquiditätsausstattung, gut positioniert, um zukünftige Wachstumschancen im Kerngeschäft, also im Kundengeschäft, zu nutzen. -üh-

Bau der neuen Erste-Zentrale begonnen

Mit politischem Beistand und mit göttlichem Segen versehen, wurde vor kurzem symbolisch der Grundstein für das neue Headquarter der Erste Group gelegt. Dieses wird derzeit am Standort des ehemaligen Südbahnhofs und somit in unmittelbarer Nähe des neuen Hauptbahnhofs von Wien errichtet. Es soll 2016 bezogen werden.

Demnächst werden bis zu 1.000 Arbeiter täglich auf der rund drei Fußballfelder großen Baustelle den Erste Campus errichten. Mehr als 100 Firmen werden hier eine moderne, dynamische und einladende Stadtlandschaft schaffen und somit einen wesentlichen Impuls für die Wirtschaft in der Region und für die Bundeshauptstadt insgesamt setzen. Das neue, von dem Architekten-Duo Henke & Schrieck entworfene Headquarter der Erste Group wird auf 117.000 m² Bruttogeschoßfläche rund 4.500 Arbeitsplätzen Raum bieten. Es wird die derzeit rund 20 Standorte, auf die die Erste Group in Wien verteilt ist, an einem der künftighin städtebaulich attraktivsten Plätze Wiens vereinen.

Der neue Standort hat für den Generaldirektor der Erste Group eine klare strategische Komponente und sei nicht zufällig gewählt: „Wir als führende Bank in Zentral- und Osteuropa sind nun auch mit unserem Headquarter geografisch in Richtung dieser Länder ausgerichtet. Gleichzeitig bleiben wir unserer Herkunft als



Wiens Bürgermeister Michael Häupl, Erste-Vorstandsmitglied Herbert Juranek und Generaldirektor Andreas Treichl bei der Grundsteinlegung

österreichisches Traditionsbankhaus treu.“ Der Erste Campus schließt direkt an den neuen Hauptbahnhof an und ist ein Standort mit Geschichte. War doch der Südbahnhof nicht nur der baulich mächtigste Bahnhof der Monarchie, sondern für viele Menschen das Tor zum Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn.

„Der Erste Campus wird aber auch Teil der Zukunft Wiens sein“, betonte Herbert Juranek, das für den Bau zuständige Vorstandsmitglied der Erste Group. „Durch seine geschwungene,

offene Architektur, verbunden mit einer öffentlich zugänglichen Sockelzone, wird das neue Gebäude dem hier entstehenden Stadtviertel ‚Quartier Belvedere‘ einen wesentlichen Impuls geben.“ Dem stimmt auch Wiens Bürgermeister Michael Häupl zu, der sich von dieser Region in der Stadtentwicklung einiges erwartet. Wien als Kulturstadt und Wirtschaftsmetropole werde um eine wichtige Facette reicher, betonte das Stadtoberhaupt bei dem Festakt anlässlich der symbolischen Grundsteinlegung. -üh-

AUSBLICK

Christine Domforth

Eine Bankenunion und noch viele Fragezeichen

Wer für die Aufsicht zuständig sein soll, ist ungeklärt

Sage und schreibe 19 Krisentreffen haben die Staats- und Regierungschefs der EU wegen der Eurokrise bisher absolviert. Doch die dabei beschlossenen und teilweise bereits umgesetzten Maßnahmen haben wenig bewirkt, in der Eurozone ist heute mehr denn je Feuer auf dem Dach. Nun soll eine Bankenunion als neue „Wunderwaffe“ die Krise eindämmen und verlorengegangenes Vertrauen wiederherstellen. Die Banken sollen sich künftig selber retten, der Steuerzahler, der bisher bei Bankpleiten zum Handkuss kam, hingegen geschont werden. Das Konzept der Bankenunion umfasst eine gemeinsame europäische Bankenaufsicht, einen Fonds zur Sanierung maroder Banken sowie eine gemeinsame Einlagensicherung. Außerdem sollen angeschlagene Banken künftig direkt und nicht auf dem Umweg über den Staat Hilfszahlungen aus dem neuen Rettungsfonds ESM bekommen können.

EBA-Stresstests haben in Spanien versagt Für Spanien und seine maroden Banken kommt dieser Plan allerdings zu spät. Und auch sonst ist er unausgegoren und hat jede Menge Schwachstellen. So ist etwa ungeklärt, ob alle EU-Länder erfasst werden sollen oder nur die Eurozone. Umstritten ist auch, wer für die gemeinsame Bankenaufsicht zuständig sein soll. Siedelt man die neue Aufsicht bei der Europäischen Zentralbank an, könnte das die Euro-Währungshüter, die laut Statut derzeit ausschließlich für die Preisstabilität zu sorgen haben, in einen Interessenskonflikt bringen. Aber auch die vor eineinhalb Jahren gegründete EU-Bankenaufsicht EBA wäre keine Ideallösung, hat sie sich doch bisher nicht gerade Lorbeeren erworben. Die unter ihrer Regie durchgeführten Banken-Stresstests waren zumindest im Fall Spaniens Makulatur, weil

gravierende Risiken nicht aufgedeckt wurden.

Dass die großen grenzüberschreitenden Banken von einer zentralen Behörde überwacht werden sollen und diese auch „Zähne“, sprich wirksame Durchgriffsrechte haben muss, ist heute weitgehend unumstritten. Diskutiert wurde über eine gemeinsame Aufsicht in der EU bereits nach der Lehman-Pleite 2008. Damals waren die Nationalstaaten noch strikt dagegen, nun – ein paar Jahre und hunderte Rettungsmilliarden später – könnte die zentrale Bankenaufsicht Wirklichkeit werden. Für kleinere Geldinstitute wie Sparkassen, Raiffeisenkassen und Volksbanken sollten aber weiter die jeweiligen nationalen Aufseher zuständig sein und nicht eine weit entfernte Monsterbehörde in Brüssel, London oder Frankfurt.

Krisenfonds brauchen „Feuerkraft“

Ein Krisenfonds für ins Trudeln geratene Banken ist grundsätzlich eine vernünftige Idee. Deutschland hat ja bereits einen solchen Restrukturierungsfonds. Wichtig wäre in diesem Zusammenhang auch, dass das seit langem diskutierte europäische Bankeninsolvenzrecht endlich Realität wird. Damit ein Sicherungsfonds seiner Aufgabe gerecht werden kann, muss er über finanzielle „Feuerkraft“ verfügen. Die Bankensteuer, die Österreichs Geldinstitute berappen müssen und die derzeit im Budget versickert, wäre in einem solchen Fond weit besser investiert.

Völlig verfehlt ist hingegen die Idee einer gemeinsamen europäischen Einlagensicherung. Wer allen Ernstes österreichische oder deutsche Sparer für die Einlagen in den Club-Med-Ländern lassen will, stärkt nicht die europäische Solidarität, sondern bloß das Lager der Anti-EU-Populisten.

Christine Domforth ist freie Journalistin in Wien.

„Wir sollten den Aktionären dankbar sein“

Die vielzitierten „Märkte“ sind derzeit das Feindbild schlechthin. Im Zuge der Diskussion über die Bewältigung der europäischen Staatsschuldenkrise wird auf die Finanzwirtschaft und die Kapitalmärkte munter eingepöbeln. Doch ohne funktionierenden Kapitalmarkt kann es keine Wachstumsdynamik geben. Günter Stummvoll, Vorsitzender des Finanzausschusses im Parlament, sieht unter den aktuellen politischen Rahmenbedingungen ernste Gefahren für den Kapitalmarkt-Standort Österreich.

Sparkassenzeitung: Die Finanzministerin hat ein Kapitalmarkt-Förderkonzept angekündigt, gleichzeitig sind auch öffentliche Maßnahmen zur Wiederbelebung der Eigenvorsorge ausständig. Wird sich in diesem Themenbereich noch vor der nächsten Nationalratswahl etwas tun?

Stummvoll: Es gilt natürlich auch hier das Prinzip Hoffnung, aber realistischerweise ist Skepsis angebracht. Wir haben eine Regierungskonstellation, in der die beiden Partner zu wichtigen finanzpolitischen Themen, die auch sehr hohe gesellschaftspolitische Relevanz haben, unterschiedliche Positionen einnehmen. Drei Dinge wären aus meiner Sicht notwendig: die Revitalisierung des Kapitalmarkts, damit einhergehend auch die Fortsetzung eines Privatisierungskonzepts sowie Maßnahmen zur Stärkung der Eigenvorsorge.

Wo liegen die derzeit unüberbrückbaren Hürden?

Nun, unser Koalitionspartner verteuft alles, was mit Kapitalmarkt oder Aktien zusammenhängt, als Spekulation. Dabei sollten wir den Aktionären sehr dankbar sein, dass sie Ersparnisse für die Eigenmittelfinanzierung der Realwirtschaft zur Verfügung stellen. Ohne funktionierende Kapitalmärkte gibt es auch keine Wachstumsdynamik in einer Volkswirtschaft. Diese Erkenntnis ist großen Teilen der Politik allerdings abhanden gekommen. Auch die Bedeutung der Pri-

„ **Ohne funktionierende Börse gibt es keine Wachstumsdynamik.** “

vatisierung für den Kapitalmarkt wird derzeit kaum gesehen, allein der Begriff gilt schon als Codewort der Unanständigkeit. Dazu gesellt sich das Problem der Eigenvorsorge: Die größere Regierungspartei steht meinem Gefühl nach derzeit auf dem Standpunkt des seinerzeitigen Sozialministers Weißenberg. Der hat damals gemeint, die staatliche Altersvorsorge müsse so ausreichend sein, dass man die zweite und dritte Säule – also die Eigenvorsorge – gar nicht brauche. Das ist jetzt fast 40 Jahre her. Aber dieses Denken macht sich wieder breit, obwohl doch jedem klar sein muss, dass wir auf immer größere Pensionslücken zusteuern. Das hat



Günter Stummvoll: „Unser Koalitionspartner verteuft alles, was mit Aktien zusammenhängt.“

viele auch demographische Gründe, etwa die nach wie vor stark steigende Lebenserwartung.

Also kein Konzept zur Wiederbelebung des Kapitalmarkts mehr in absehbarer Zeit?

Ich kann mir vorstellen, dass die Finanzministerin im Zuge wachstumsfördernder Maßnahmen ein Kapitalmarktkonzept vorlegt. Was dessen allfällige politische Realisierung betrifft, so bin ich derzeit illusionslos.

Im Zuge der hektischen Aktivitäten um die Bewältigung der Staatsschuldenkrise wird auf europäischer Ebene immer öfter von einer Bankenunion gesprochen. Wie ist Ihre Haltung dazu?

Ich bin dafür, dass wir zu einer stärkeren europäischen Bankenaufsicht kommen, weil es ja auch eine stärkere internationale Verflechtung der Kreditwirtschaft gibt. Auch eine europäische Lösung für ein Bankeninsolvenzrecht ist notwendig. Eine gemeinsame Einlagensicherung kann ich mir hingegen nicht vorstellen. Es ist doch nicht einsichtig, warum die heimischen Steuerzahler bzw. Sparer für die Spareinlagen etwa in Griechenland oder in Portugal die Garantie übernehmen sollten.

Weiters gibt es die Idee, alle Bankensteuern – die in den EU-Ländern in den vergangenen Jahren zur Bewältigung der Finanzkrise eingeführt worden sind – in einem

zentralen europäischen Krisenfonds zu sammeln.

Dieser Idee kann ich etwas abgewinnen, das sollten wir alle gemeinsam intensiv auch mit der Kreditwirtschaft diskutieren.

Was meinen Sie persönlich, welche Finanzdispositionen einer allfälligen Finanztransaktionssteuer unterworfen werden sollten?

Alle Parteien haben im Jahre 2006 im Nationalrat der Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene zugestimmt. Damals sind wir davon ausgegangen, dass es notwendig ist, spekulative Elemente – also jene Finanzdispositionen, die völlig von der Realwirtschaft abgekoppelt sind – zusätzlich zu besteuern. Mittlerweile habe ich die Befürchtung, dass wieder einmal die Falschen getroffen werden könnten. Die Ausgangslage ist problematisch genug: Von den 17 Euro-Ländern sind derzeit gerade einmal neun für eine Finanztransaktionssteuer zu haben. Wobei wirklich noch niemand weiß, welche Tatbestände dann wirklich besteuert werden sollten. Das, was sich bis jetzt abzeichnet, ist die generelle Einführung einer Art Börsenumsatzsteuer. Das wäre aber wieder der falsche Weg. Das trifft wieder die kleinen Aktionäre, die mit Ersparnissen einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Eigenmittelausstattung in der Realwirtschaft leisten. Eine sinnvolle Finanztransaktionssteuer müsste hingegen die täglichen High-

Speed-Transaktionen, bei denen Milliarden von Dollar und Euro in Sekundenschnelle Tag für Tag rund um den Erdball gejagt werden, eindämmen. Wichtig wäre es also, die außerbörslichen, hochspekulativen Transaktionen zu erfassen. Also etwa die Hedge-Spread-Aktionen der Finanzjongleure.



„Finanztransaktionssteuer darf nicht kleine Aktionäre treffen.“

Würden dann etwa auch die Fondskäufe im Rahmen eines Aktiensparplans oder die einschlägigen Aktivitäten der Mitarbeiterverorsorgungen der Finanztransaktionssteuer unterliegen?

Das ist in Wirklichkeit noch alles offen. Alle reden von der Finanztransaktionssteuer, doch konkret weiß noch niemand, welche Finanzgeschäfte ihr unterliegen sollen.

Wie stehen Sie zum Wachstumspakt und zur Beschlussfassung, dass die Rettungsschirme nunmehr auch direkt Mittel an Banken in den notleidenden Ländern vergeben können?

In Wahrheit stehen wir inmitten einer großen Experimentierphase rund um die Währungsunion. Viele dieser Maßnahmen sind sehr sinnvoll, aber es fehlt uns der Erfahrungsschatz bezüglich der Wirkungseffekte der jeweiligen Aktion. Dazu kommen unterschiedliche Expertenmeinungen, die jetzt medial mit Lust kolportiert werden. Das führt zur weiteren Verunsicherung weitester Bevölkerungskreise.

Wie kann man dieser begegnen?

Wir brauchen dringende eine Fiskalunion, primär in der Budgetpolitik. Die Krise hat gezeigt, dass eine Währungsunion ohne stringente Budgetpolitik im gesamten Euro-Raum nicht möglich bzw. nicht glaubwürdig ist. Allein schon deshalb muss man den Stabilitätspakt außer Streit stellen. Was wir derzeit – auch in Österreich – ganz dringend brauchen, ist eine Informationsoffensive. Ich mache in Bürgerkontakten immer wieder die Erfahrung, dass die Menschen mit den Begriffen ESM, Rettungsschirm, Fiskalunion oder Basel III nichts anfangen können. Die Sorge rund um den Euro ist beträchtlich. Ich sage dann immer ganz klar: Wir haben unsere Ersparnisse in Euro, wir bekommen unser Einkommen in Euro, und wir wickeln große Teile des Außenhandels in Euro ab. Diese Sicherheit dürfen wir nicht

verlieren, weshalb die Erhaltung der Europäischen Währungsunion ein zentrales Anliegen ist. Das ist den Menschen durchaus verständlich zu machen. Doch jetzt muss eine Informationsstrategie her, die versucht, alle getroffenen Entscheidungen und Weichenstellungen der Öffentlichkeit in einfachen, verständlichen Worten zu vermitteln. Das gilt übrigens nicht nur für die Regierenden und die politischen Parteien, sondern naturgemäß auch für die gesamte Finanzwirtschaft.

Das Interview führte Milan Frühbauer.

Spaniens Sparkassen auch von Bankenkrise betroffen

Das Geschäftsmodell Sparkasse hat in den vergangenen Jahren alle Turbulenzen der Finanzmärkte weitgehend unbeschadet überstanden – zumindest in Österreich. Die jüngsten Probleme der Banken in Spanien haben jedoch nicht vor den dortigen Sparkassen haltgemacht. Der Verzicht auf Regionalität erweist sich als Fehler.

Nach langem Zögern beantragte Spanien am 9. Juni dieses Jahres Hilfe aus dem Euro-Rettungsschirm: nicht zur Finanzierung seines Haushaltsdefizits, sondern zur Rekapitalisierung seiner unter akuten Liquiditätsproblemen leidenden Banken. Experten schließen nicht aus, dass der Liquiditätsbedarf an die 100-Milliarden-Euro-Grenze heranreichen könnte. Die akuten Probleme betreffen auch die Sparkassen, die in Spanien etwas mehr als 40 Prozent der Bilanzsumme des gesamten spanischen Bankensystems stellen. Ihr Kreditanteil liegt hingegen bei rund 50 Prozent. Ihr Anteil an der Immobilienfinanzierung ist noch größer. Was schon einen Teil der Antwort auf die Frage, warum die heimischen Sparkassen mit jenen in Spanien in der gegenwärtigen Situation nicht vergleichbar sind, ausmacht.

Geplatzte Immobilienblase

Die europäische Hilfe ist notwendig, weil Spaniens Banken nach einem langen Bauboom nunmehr bis zu 360 Mrd. Euro ihrer Immobilienkredite als problematisch einstufen. Zur Größenordnung: Das sind rund 120 Prozent des österreichischen BIP. Die „Sicherheiten“ sind vielfach kaum noch welche: Das Recht auf Pfändung der vorfinanzierten Häuser und Wohnungen hilft den Banken wenig, weil derzeit in Spanien rund 1 Million Wohneinheiten leerstehen und sich die als Sicherheiten dienenden Immobilien nur schwer verwerten lassen. Seit Beginn der Krise sanken die Preise im Durchschnitt bereits um gut 30 Prozent. In manchen Regionen mussten Einbrüche bis zu 50 Prozent registriert werden. Damit

liegt der Wert der Häuser vielfach sehr deutlich unter der Höhe des seinerzeit gewährten Kredits. Betroffen von der Bankenkrise sind in erster Linie die spanischen Sparkassen. Diese finanzierten einen Großteil dieser jetzt aufbrechenden Immobilienblase, die sich in den Jahren zwischen 1996 und 2006 kontinuierlich aufblähte.

Größere Geschäftsbanken wie z. B. Santander, BBVA und La Caixa mit stärker diversifizierter und internationaler Geschäftstätigkeit werden voraussichtlich keine Hilfe benötigen.

„Sparkassen sind größter Immobilienfinancier.“

Zu locker bei Kreditvergabe

Während also die österreichischen Sparkassen bei der Gewährung von Krediten für Wohnraumschaffung traditionell auf relativ hohe Eigenmittelanteile der Kreditwerber achten und die gewährte Kredithöhe sehr sorgsam auf die jeweiligen Einkommensverhältnisse der Kreditwerber abstellen, erlebte Spanien einen fremdfinanzierten Bauboom der Sonderklasse. Manche Experten meinen, dass die exzessiv ausgeweitete Immobilienfinanzierung in Spanien durchaus auch mit dem Immobilienboom der USA aus den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts vergleichbar sei. Dieser hat bekanntlich die weltweite Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009

ausgelöst. Die Eigentümerstruktur der Sparkassen auf der Iberischen Halbinsel hat diese Fehlentwicklung wohl auch beschleunigt.

„Die Immobilienblase in Spanien hat ihre Ursache auch darin, dass die Sparkassen das Regionalprinzip aufgegeben haben und daraufhin jeder den anderen bei der Kreditvergabe an den Immobiliensektor übertrumpfen wollte. Der Versuch, dies durch Zusammenführung zu riesigen, börsennotierten Kapitalgesellschaften zu heilen, hat alles nur noch schlimmer gemacht“, meinte vor kurzem der Präsident des Deutschen Sparkassenverbandes, Georg Fahrenschon, in einem FAZ-Interview.

Bausparkassen stärken heimischen Markt

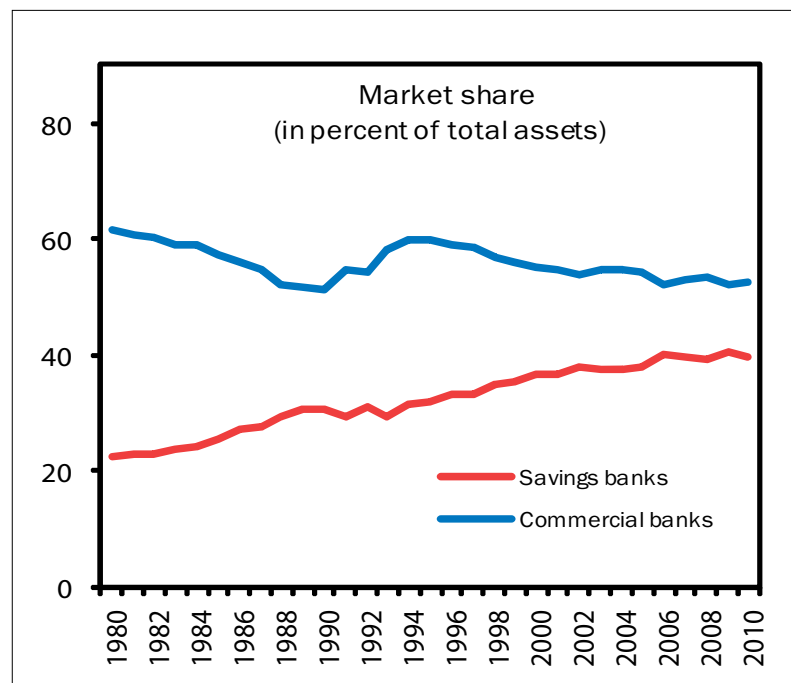
Strukturell kommt hinzu, dass man in Spanien das Finanzierungsinstrumentarium der Bausparkassen nicht kennt. Das heißt, die gesamte Immobilienfinanzierung lastet auf meist als Universalbanken konzipierten Instituten, die sich dann – im Falle von Tilgungsproblemen bei den Kreditnehmern – bei der fristenkonformen Finanzierung des extrem langfristig funktionierenden Immobiliengeschäfts besonders schwer tun.

Auch hier sind die heimischen Sparkassen, die über eine sehr erfolgreiche Bausparkasse mit viel Know-how verfügen, allemal im Vorteil. Mit mehr als fünf Millionen Bausparverträgen insgesamt steht die günstige Refinanzierung dieser Spezialinstitute zur Wohnraumfinanzierung auf einem sehr soliden Sockel.

Die Kreditzinsen sind mit 6 Prozent gedeckelt, auch wenn das Zinsniveau einmal stark nach oben ausschlägt.

Dadurch wird für den Kreditnehmer das Risiko eher berechenbar. Ein wertvoller Schutz gegen eine Immobilienblase in Österreich. – üh –

Spaniens Sparkassen haben einen enorm großen Marktanteil.



EUROPA

Hohe europäische Funktion für Christian Aichinger

Christian Aichinger, Präsident des Österreichischen Sparkassenverbandes, ist seit kurzem Vizepräsident der „European Savings Bank Group“ (ESBG). Nach dem früheren Sparkassenverbands-Präsidenten Alois Hochegger ist Aichinger erst der zweite österreichische Sparkassenrepräsentant, der in dieses Amt gewählt wurde.

Die Vize-Präsidenten der Europäischen Sparkassenvereinigung (ESV) handeln als Schlüsselfiguren, indem sie auf europäischer Ebene das der Realwirtschaft dienende Geschäftsmodell der Sparkassen vertreten und die Stärke der regional verankerten Banken vermitteln.



Christian Aichinger, Präsident des Österreichischen Sparkassenverbandes

Basisinformationsblätter für Anlageprodukte

Im Juli legte die EU-Kommission ein Maßnahmenpaket zum Anlegerschutz vor. Neben einer Überarbeitung des Investmentfondsgesetzes sowie der Versicherungsvermittler-Richtlinie enthält das Paket einen Verordnungsentwurf zu Basisinformationsblättern für strukturierte Anlageprodukte (Packaged Retail Investment Products). Künftig soll es einheitliche Produktinformationsblätter geben, die die wesentlichen Informationen gewisser Anlageprodukte für Privatanleger in übersichtlicher und verständlicher Form darstellen. Von den Regelungen umfasst sind alle Investmentfonds, fondsgebundenen Versicherungen und strukturierten Produkte. Spareinlagen, klassische Versicherungsprodukte sowie die betriebliche Altersvorsorge sind ausgenommen.

Die neue PRIIPs-Verordnung soll parallel zum Regime der Prospektrichtlinie gelten. Auf die Emittenten kommen damit zusätzliche Anforderungen zu, da sie für die Erstellung des Basisinformationsblatts verantwortlich sein sollen.

CRD IV/CRR, bitte warten ...

Am 12. Juli fand der vorerst letzte Trilog zu CRD IV/CRR zwischen EU-Parlament, Rat und Kommission vor der Sommerpause statt. Da es bisher keine Einigung gab, werden die Verhandlungen nach dem Sommer weitergehen. Einer der Knackpunkte bei der Richtlinie (CRD IV) ist die Bonusregelung für Bankmanager. Das Parlament kämpft für die Deckelung des flexiblen Gehaltsbestandteils. Er soll künftig die Höhe des Fixgehalts nicht überschreiten. Bei den Mitgliedsstaaten – besonders bei den Briten – stößt diese Forderung aber auf massiven Widerstand.

Auch bei den zusätzlichen Kapitalpuffern für systemrelevante Institute sowie bei der Frage, wie viel Spielraum den nationalen Aufsichtern künftig für die Festsetzung zusätzlicher Kapitalanforderungen bleibt, konnten bis dato keine Kompromisse erzielt werden. Über viele Bestimmungen, die in der Verordnung (CRR) enthalten sind, wurde noch nicht einmal gesprochen. Hier stehen die Verhandlungen erst am Anfang.

Kleines Glossar für den großen Stammtisch

Das Eindreschen auf alles, was nur irgendwie nach Bank aussieht, ist gegenwärtig sehr beliebt. Doch vor allem mit reduziertem Wortschatz geführte Stammtischdiskussionen zeigen: Es kann nicht schaden, wenn man einige „Argumente“ zur Hand hat. Achterbahn bietet im folgenden Stichwortglossar auch dem eiligen Leser die Möglichkeit, sich erfolgreich am Bankenschimpfen und am Halali gegen „die Märkte“ zu beteiligen.



Aus dem ‚Zettelkasten‘ der Bankenbeschimpfung das Richtige verwenden.

„Das sind allesamt geldgierige Falotten!“

Idealer Einstieg in jede aktuelle Bankendiskussion. Die Formulierung signalisiert Wutbürgerschaft und zeigt, dass der Absender der Botschaft nicht von der redlichen Absicht zur differenzierten Betrachtungsweise angekränkt ist.

„Ich lege das Geld lieber unter den Kopfpolster, als es den Zockern anzuvertrauen.“

Damit zeigen Sie eine heroische Einstellung gegenüber dem landläufigen Sparverhalten. Dieser Protest ist zwar volkswirtschaftlich unsinnig und kostet Sie Geld, er bringt jedoch einen Hauch von Attac in die heimische Stube. Am Stammtisch gelten Sie als jemand, der den Finanzhaien statt sauer verdientem Geld den Fehdehandschuh hingeworfen hat. Ein revolutionärer Ansatz für Fortgeschrittene.

„In Österreich ist das Ostengagement der Banken an allem schuld. Jeder zweite Kredit in der CEE-Region ist Junk.“

Dieses Argument ist zwar objektiv falsch, aber es klingt ausreichend alarmistisch. Sie können sich seiner ruhig bedienen. Der Wiener Arbeiterkammer-Direktor Muhm tut es auch. In kritischer Runde befriedigt diese Fehlinformation sofort Resentiments gegen die Integration des ehemaligen Ostblocks in die Wirtschafts- und Währungsunion. Der Stammtisch hat die Zusammenhänge

längst erkannt: Banken sind schlecht, das Investieren im Osten ist schlecht. Wie schlecht müssen erst Bankeninvestitionen im „Ostblock“ sein ...

Der Steuerzahler muss den Banken Milliarden in den Rachen werfen, um sie zu retten.

Diese Aussage führt selbst in intellektuell-illustrer Runde sofort zu Zustimmung und Solidarisierungseffekten. Aber Vorsicht: Wenn Sie zufällig auf jemanden aus den Sparkassen treffen, dann könnte der wissen, dass allein die Erste Group dem Staat von 2009 bis 2011 an Kupon- und Garantieentgelt für das Partizipationskapital rund 400 Mio. Euro überwiesen hat. Ignorieren Sie das einfach, auch damit sind Sie beim bereits zitierten Wiener AK-Direktor in bester Gesellschaft.

„Man muss diesen Finanzjongleuren, die täglich viele Milliarden rund um den Erdball senden, das Handwerk legen.“

Mit dieser Aussage sind Sie immer auf der sicheren Seite. Sie betrifft zwar nur die Investmentbanker, aber das braucht Sie nicht zu kümmern. Auch die meisten österreichischen Politiker unterscheiden nicht zwischen dem Geschäftsmodell einer Retailbank und jener, die weltweit spekulieren.

Eine Finanztransaktionssteuer muss her!

Das sagt auch die halbe Euro-Währungsunion, aber eben leider nur die

halbe. Das braucht Sie nicht zu erschüttern. Diese Forderung ist derzeit bis hinauf in Managerkreise, die sehr wohl zu differenzieren wissen, weitgehend unumstritten. Dass sie die Steuerquote neuerlich erhöhen wird, das negieren noch alle. Also vergessen auch Sie es!

Den Spekulanten die Maske der Gier vom Gesicht reißen!

Diese Formulierung eignet sich für hitzige Podiumsdiskussionen oder Leserbriefe an einschlägige Zeitungen. Ob auch biedere Aktionäre oder Käufer von Staatsanleihen sowie Nutzer von Eigenvorsorge-Produkten wie etwa der Zukunftsvorsorge zu den Spekulanten zählen, das sollten Sie je nach Anlass entscheiden. Im ORF empfiehlt sich eine rigide wertpapierfeindliche Haltung vor laufender Kamera allemal.

Was soll der Finanztransaktionssteuer unterworfen werden?

Verwenden Sie bitte diese Frage oft, aber primär rhetorisch. Lassen Sie sich jedoch auf keinerlei Spezifikationen ein. Denn es weiß bisher noch niemand, welche Finanzdispositionen dieser Abgabe unterliegen sollen. Dafür sind die Einnahmen daraus schon budgetär eingeplant. Daher sollten Sie stets – ohne sich auf Details einzulassen – die Finanztransaktionssteuer als Wundermittel preisen. Bundeskanzler und Finanzministerin tun es – mit durchaus vergleichbarem Informationsstand – auch mit Lust und Freude. - üh -



Unter dem Seitentitel „Achterbahn“ wollen wir einen Schuss Humor, einen halbernst-satirischen Blick auf Aktuelles und eine zusätzliche Portion pointierter Meinung ins hochseriöse Redaktionsprogramm rühren. Zum thematischen Schaukeln und gelegentlichen Verschaukeln. Sparefroh ist jedenfalls angeschnallt. Hier kann er zeigen, dass er auch Humor hat.

DAS LETZTE WORT

Pisa ist immer und überall

Aufnahmeverfahren für einen postgradualen Universitätslehrgang: Weil es sich dabei auch um Weiterbildung für die Kommunikationswirtschaft handelt, gibt es einen einleitenden Wissenstest. Er soll das Interesse der Bewerber an der aktuellen politischen, ökonomischen, kulturellen und auch internationalen Berichterstattung prüfen, kurz, ob die Damen und Herren Akademiker Zeitung lesen oder sich zumindest elektronisch profund darüber informieren, was in der Welt so vor sich geht.

Die Auswertung der Ergebnisse zeigt eindeutig: Pisa ist immer und überall, auch nach der Sponsion. Es waren ein Dutzend Bewerber zu diesem Wissenstest angetreten. Nur ein einziger wusste die richtige Zahl der Abgeordneten im Österreichischen Nationalrat. Sonst lagen die Schätzungen zwischen 27 und 356. Breitbandig eben ... Welches Land derzeit den EU-Vorsitz innehat? Diesmal nur zwei Votes für Zypern, sonst absolute Fehlanzeige. Den amtierenden Präsidenten der EU-Kommission kennen nur vier der sich für Postgraduales Interessierenden, ein Schicksal, dass er mit dem neuen Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland teilt. In beiden Fällen wird einige Male der Name Angela Merkel genannt. Nun, was nicht ist, kann ja noch werden ...

Viele der Kürzel SZ, SN, FAZ oder NZZ sind den künftigen Kommunikationsfachleuten vorerst unbekannt. Auch bei der erbetenen Nennung von insgesamt fünf an der Wiener Börse notierten Unternehmen steigen die meisten Jungakademiker nach bestenfalls drei Gesellschaften aus. Interessantes Detail am Rande: Einige der Bachelors und Magistri glauben, dass die ÖBB bereits im ATX gelistet sind. Die Sozialpartner sind kaum mehr in Erinnerung, und einige sind der Meinung, dass das Wirtschaftsministerium dazugehöre. Eine bildungspolitische Fundgrube des „Pisa für Fortgeschrittene“ liegt da vor. Es sind eben abenteuerliche Wissenslücken, die sich offenbaren. Oder ist es schlicht breitbandiges Desinteresse? Doch zur völligen Verzweiflung besteht noch nicht Anlass: Auf die Frage, wer denn vor kurzem sein 60-jähriges Thronjubiläum gefeiert habe, gibt es durch die Bank die richtige Antwort. God save the Queen ...

ERLESEN – ERHEITERT – ERLITTEN

„Eurokrise: Griechenland braucht Troika à la Foglar, Leitl und Tumpel.“
Erwin Frasl in einem Kommentar im Finanzportal biallo.at

„Wien geht Gassi, und das Wiener Bezirksblatt geht mit.“
Aktive Lebenshilfe aus dem „Wiener Bezirksblatt“

„Ich weiß genau, wie viele mich auf den Scheiterhaufen wünschen“
Finanzministerin Maria Fekter

„Unglücklicherweise besteht die Bundesregierung aus Politikern.“
Frank Stronach in einer seiner messerscharfen Analysen

„Als ungerecht für niederösterreichische Pendler bezeichnet die Obfrau der Grünen in Niederösterreich, Madeleine Petrovic, die geplante Ausweitung des Wiener Parkpickerls. Sie fordert daher Parkgebühren für Wiener, die in Niederösterreich parken.“
Aus einer ORF-Meldung, die hinsichtlich des Verkehrsverbunds Ost-region Hoffnung schöpfen lässt

Diese Ausgabe enthält Beilagen der NÖ Beteiligungsfinanzierungen GmbH, der NÖ Bürgschaften GmbH, der Wiener Kreditbürgschafts GmbH und der Kapital-Beteiligungs AG.

IMPRESSUM: Herausgeber, Redaktion: Österreichischer Sparkassenverband, Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien, E-Mail: info@sv.sparkasse.at
Internet: www.sparkasse.at, Redaktion: Dkfm. Milan Frühbauer (Chefredakteur), Mag. Andreas Feichtenberger, Mag. Sandra Paweronschitz, Mag. Helmut Reindl; Beirat: Mag. Michael Ikrath, Mag. Nicola Frimmel, Mag. Michael Mauritz
Medieninhaber, Konzeption und Gestaltung: Kommunal-Verlag, Löwelstraße 6, 1010 Wien, www.kommunalverlag.at
Diese Ausgabe wurde am 9.8.2012 redaktionell abgeschlossen. Der Druck erfolgt auf PEFC-zertifiziertem Umweltpapier.